

DAV-Depesche

DeutscherAnwaltVerein

Nr. 49/08

18. Dezember 2008

1. „Wer wissen möchte, was in Kanzleien gesprochen wird, sollte einfach mal zum Anwalt gehen“ - DAV fordert in Anzeigen umfassenden Berufsheimnisträgerschutz im BKA-Gesetz -

Kompromiss im Vermittlungsausschuss gebilligt

Der Weg für das umstrittene BKA-Gesetz ist bedauerlicherweise frei. Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat billigte am Mittwoch einen bereits zuvor von der großen Koalition gefundenen Kompromiss. Das Gesetz wird jetzt an diesem Donnerstag und Freitag abschließend vom Bundestag und Bundesrat behandelt. Der Deutsche Anwaltverein bekräftigte seine Kritik an dem Vorhaben und beharrt auf einem umfassenden Schutz für alle Berufsheimnisträger. Das Vertrauensverhältnis zwischen Anwalt und Mandant muss für Überwachungsmaßnahmen tabu sein. Hierfür hat der DAV bereits am 16. Dezember 2008 in großen [Anzeigen](#) in der Süddeutschen Zeitung, der FAZ, dem Berliner Tagesspiegel und der Berliner Zeitung unter der Überschrift „Wer wissen möchte, was in Kanzleien gesprochen wird, sollte einfach mal zum Anwalt gehen.“ geschaltet. Der Schutz der Berufsheimnisträger dient dem Schutz der Persönlichkeitsrechte von Bürgern, Mandanten, Patienten und Informanten. „Es geht um deren Sicherheit darauf, sich bestimmten Menschen rückhaltlos und unzensiert anvertrauen zu können“, so Rechtsanwalt Hartmut Kilger, DAV-Präsident, in einer [Pressemitteilung](#). Auch wenn jetzt absehbar ist, dass der Bundesrat zustimmt, gilt es, im Interesse der Anwaltschaft an dem Widerstand festzuhalten.

Einen Überblick über die Presseresonanz in den Onlinemedien finden Sie auf unserer [Startseite](#).

2. „Vertrauen ist gut. Anwalt ist besser.“ – mobil DAV-Werbekampagne an ICE-Bahnhöfen und im Frankfurter Flughafen

Adventszeit ist Reisezeit. Aus diesem Grund hat der DAV die DAV-Werbekampagne aus den Anzeigenteilen der Zeitschriften und Zeitungen auf ICE-Bahnhöfe und den Frankfurter Flughafen gebracht. Mit verschiedenen Motiven der Werbekampagne wird damit an den wesentlichen ICE-Strecken bundesweit von Aachen über Bamberg, Herford, Minden bis nach München, aber auch in Saarbrücken, Halle/Saale, Dresden oder Berlin und vielen anderen, auf die Vorteile der anwaltlichen Beratung hingewiesen. Diese großflächigen Plakate hängen seit Mitte Dezember 2008 bis Anfang/Mitte Januar 2009 auf insgesamt 291 Flächen.

Die Urlaubsreisenden finden an mehreren Stellen im Frankfurter Flughafen Motive der Werbekampagne als so genannte City-Light-Poster. Das sind Poster, die von innen beleuchtet sind. Diese sind in der Zeit vom 16. Dezember 2008 bis zum 5. Januar 2009 auf insgesamt 64 Flächen präsent.

Informieren Sie sich über die [DAV-Werbekampagne](#) und die Möglichkeiten, diese für die eigene Kanzleiwerbung zu nutzen, auf unserer Homepage

3. EU-Mahnverfahren und EU-Verfahren für geringfügige Forderungen

Das Europäische Mahnverfahren kann ab sofort, das europäische Verfahren für geringfügige Forderungen kann ab 1. Januar 2009 europaweit genutzt werden (vgl. hierzu [Europa im Überblick 44/2008](#)). Formulare für diese Verfahren sind, wie das Bundesjustizministerium am 12. Dezember 2009 mitgeteilt hat, ab sofort bzw. ab 1. Januar 2009 über den Europäischen Gerichtsatlas für Zivilsachen abrufbar: http://ec.europa.eu/justice_home/judicialatlascivil/html/index_de.htm.

4. „Law - Made in Germany“ - jetzt auch online bestellbar

Der Deutsche Anwaltverein hat gemeinsam mit anderen juristischen Berufsorganisationen die Broschüre „Law - Made in Germany“ erstellt. Diese beschreibt in deutscher und englischer Sprache die Vorteile des deutschen aber auch des kontinentaleuropäischen Rechts und des deutschen Rechtssystems und richtet sich überwiegend an die Wirtschaft. Besonders hervorgehoben wird, dass das deutsche Recht viel effektiver und kostengünstiger ist als andere, insbesondere angelsächsische Rechtsordnungen. Mit dieser Broschüre können Sie Ihre Mandanten vom deutschen Recht überzeugen und sich bei Ihren internationalen Kontakten noch besser ins Gespräch bringen. Die Broschüre kann nun auch unter www.lawmadeingermany.de bestellt werden. Unter www.anwaltverein.de können Sie diese auch als PDF herunterladen.

5. Bekämpfung von terroristischen Straftaten – keine Etablierung von „Feindstrafrecht“

Der DAV hat durch seinen Strafrechtsausschuss zum Referentenentwurf für ein „Gesetz zur Verfolgung der Vorbereitung von schweren Gewalttaten“ (GVVG) [Stellung](#) genommen. Durch die Einführung zweier neuer Paragraphen (§§ 89a E-StGB und § 91 E-StGB) soll die Strafbarkeit weit in den Vorbereitungsbereich zukünftiger Straftaten ausdehnt werden, um die sich schon aus der „Vorbereitung von schweren Gewalttaten“ ergebenden „erheblichen Gefahren“ zu unterbinden. Die bisher existierenden Normen des materiellen Strafrechts (§§ 30 und 129a StGB) werden nicht mehr als ausreichend erachtet. Der DAV lehnt den Entwurf ab. Bereits die Grundlagen und Notwendigkeit der vorgeschlagenen Regelungen sind zweifelhaft. Durch die Ausweitung der Strafbarkeit auf Vorbereitungshandlungen und der damit einhergehenden Pönalisierung (teilweise) sozial neutraler Handlungen wird neues, bedenkliches Terrain betreten. Die Grenzen von sozial unauffälligem und sanktioniertem Handeln verwischen. Der DAV ist der Auffassung, dass die vorgeschlagenen Normen im Ergebnis nicht zur Sicherheit, sondern zur „allgemeinen Verunsicherung“ der Bürgerinnen und Bürger beitragen.

6. Speicherung von DNA-Profilen – EGMR

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat am 4. Dezember 2008 ein britisches Gesetz für unvereinbar erklärt mit Artikel 8 der EMRK über den Schutz der Privatsphäre. Es erlaubt britischen Behörden, DNA-Profile und Fingerabdrücke Verdächtigter unbefristet zu speichern, unabhängig vom Tatvorwurf oder des Verfahrensausgangs. Generell akzeptiert der EGMR die Speicherung, wägt jedoch ab, ob das Gesetz Artikel 8 EMRK entspricht. Die unbeschränkte Speicherung von DNA-Profilen müsse für die Sicherheit einer demokratischen Gesellschaft notwendig sein. Gemäß der Rechtsüberlieferung der EMRK und der Rechtspraxis der meisten Mitgliedsstaaten erfordere die Speicherung von Daten eine Verhältnismäßigkeit von Umfang und Zweck, eine zeitliche Begrenzung und eine Berücksichtigung der Schwere der vorgeworfenen Tat. Es sei wahrscheinlich, dass Unschuldige durch ein System, das nicht zwischen Kriminellen und Unschuldigen unterscheidet, stigmatisiert würden.

7. DAV hat Bedenken gegen Änderungen in der VwGO

Der DAV macht in seiner durch den Verwaltungsausschuss abgegebenen [Stellungnahme](#) Nr. 71/08 grundsätzliche Bedenken gegenüber dem Gesetzentwurf zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung (Bundestags-Drucksache 16/1345) geltend. Dieser sieht vor, vor allem technisch-naturwissenschaftlich geprägte Rechtsbereiche dem OVG als Eingangsinstanz zuzuweisen.

Nach Auffassung des DAV wird die für die Verkürzung des Instanzenzuges erforderliche Legitimation von der Gesetzesbegründung, in ausgesuchten Verfahren eine Straffung und Beschleunigung zu erreichen, nicht getragen.

8. Stiftungsrecht im DAV

Der Deutsche Anwaltverein prüft derzeit, ob eine Zusammenfassung der im Stiftungsrecht tätigen Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte (an der Schnittstelle von Gesellschaftsrecht, Steuerrecht und Erbrecht) unter dem Dach des DAV sinnvoll und Erfolg versprechend ist.

Dabei wird auch an die Gründung einer eigenen Arbeitsgemeinschaft gedacht.

Dafür ist es wichtig herauszufinden, wie viele Kolleginnen und Kollegen Interesse am fachlichen Austausch über das Stiftungsrecht haben. Deswegen möchten wir Sie bitten, sich einige Minuten Zeit zu nehmen und einen [Fragebogen](#) auszufüllen.

Bitte senden Sie den Fragebogen per Fax oder Post bis zum Montag, dem 26. Januar 2009 an uns zurück.

9. TV-Tipp: „Spenden“

Das Jahr mit einer guten Tat beenden! Gerade im Dezember haben Spenden nicht nur für Privatpersonen, sondern auch für Firmen Hochkonjunktur. Eine juristische Beratung macht oftmals nicht nur aus steuerrechtlichen Gründen Sinn, sondern auch, weil sich die Vorschrift für die Bescheinigung geändert hat.

Warum eine einfache Quittung nicht mehr ausreicht, erfahren Sie in der von [anwaltauskunft.de](#) gesponserten Sendung „Steuern und Recht“ auf n-tv am **Di, dem 23. Dezember 2008 um 18.30 Uhr** und am **Mi, dem 24. Dezember 2008 um 15.15 Uhr** (Wiederholung).

- Kerzenschein und Feuerwerk! -

Der DAV wünscht allen Beziehern der DAV-Depesche ein ruhiges Weihnachtsfest und ein erfolgreiches neues Jahr. Die nächste Depesche erreicht Sie im Januar.

v.i.S.d.P.: Rechtsanwalt Swen Walentowski, Pressesprecher des DAV, Berlin
Für eine Abmeldung aus dem Verteiler schreiben Sie eine e-mail an dav@anwaltverein.de
DEUTSCHER ANWALTVEREIN – <http://www.anwaltverein.de/leistungen/dav-depesche>
Littenstraße 11, 10179 Berlin, Tel.: 0 30/72 61 52 – 0, Fax: 0 30/72 61 52 – 1 90, dav@anwaltverein.de
Depesche Nr. 49/08 - Alle Angaben ohne Gewähr und Anspruch auf Vollständigkeit. © 2008 DAV